

Kreis Ostholstein
Eing.: 25. Sep. 2020
Landrat
b
78/6/6-61

„FridaysForFuture“ Ostholstein fordert den Kreis Ostholstein auf, folgenden Klimanotstand auszurufen

Der Kreis Ostholstein hat verstanden – Politiker*innen und Bürger*innen müssen jetzt gemeinsam handeln! Wir wollen ein Vorbild für Klimaschutz in Deutschland sein, verbunden mit einer möglichst hohen Lebensqualität für alle.

Seit dem Report des Weltklimarats (IPCC) vom Oktober 2018 ist bekannt, dass der Umbau unserer Gesellschaft zur Klimaneutralität schon wesentlich früher abgeschlossen werden muss, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Die Herausforderung, vor der wir in Ostholstein stehen - und überall sonst auf der Welt - ist, innerhalb von 15 Jahren, sämtliche Lebensbereiche vom Einsatz fossiler Brennstoffe zu befreien. Das aktuelle Klimaschutzkonzept des Kreises Ostholstein erreicht diese Ziele nicht, daher muss das Klimaschutzkonzept neu aufgestellt werden und auf die Ziele ausgerichtet werden. Aufgrund der Dringlichkeit der Bekämpfung der Klimakrise muss schneller und stetiger gehandelt werden: Die Umsetzung aller Maßnahmen muss bis zum Jahr 2035 abgeschlossen sein.

Im Sinne der Gerechtigkeit gegenüber künftigen Generationen und der Menschen, die am unmittelbarsten von der Klimakrise betroffen sind, ist es deshalb zwingend erforderlich, den Ausstoß von Treibhausgasen schnellstmöglich stark zu reduzieren, bereits angehäuften Versäumnisse aufzuholen und kommenden Generationen ihre Handlungsspielräume zu bewahren.

Der Kreis Ostholstein soll die gesamte Gestaltungskraft einsetzen, um der Verantwortung zur Bekämpfung der Klimakrise gerecht werden und diese endlich als das behandeln, was sie ist: eine existentielle Krise.

Diese existentielle Krise ist eine gemeinsame Herausforderung für alle Bürger*innen. Wir müssen alle Kräfte aus Politik und Bevölkerung bündeln, um gemeinsam sofortige und entschlossene Anstrengungen zum Klimaschutz zu leisten. Es geht uns sowohl um die nötigen Entscheidungen der Politik und Verwaltung, als auch um einen breiten Aufruf zum gemeinsamen Umbau zu einer klimaneutralen und zukunftsfähigen Gesellschaft im Kreis Ostholstein.

Durch den Beschluss des Kreistages wird die Erklärung des Klimanotstandes demokratisch legitimiert. Gemeint ist damit kein Ausnahmezustand von der Verfassung, sondern das Verlassen der gewohnten Komfortzone in Politik und Alltag. „Business as usual“ reicht nicht mehr, um unsere Lebensgrundlagen zu sichern. „Der Staat schützt,“ gemäß Artikel 20a Grundgesetz, „auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere [...]“ Das fordern wir nun von ihm ein.

Unsere allgemeinen Forderungen:

- Durch die Erklärung des Klimanotstandes erkennt der Kreistag Ostholstein die Bekämpfung der Klimakrise und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
- Der Kreis soll einen Energiewende & Klimaschutz-Dialog anstoßen, der alle Bildungseinrichtungen, Politik, Wirtschaft, Kultur und den Finanzsektor einschließt – und jede Einzelperson. Jede Person muss die Verantwortung übernehmen. Dabei müssen wir darauf achten, auch heute schon in allen Bereichen das notwendige Fachpersonal und Kompetenzen für eine vollständig klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft aufzubauen.
- Die Klimakrise wird genutzt, um Partizipation und Demokratie weiterzuentwickeln. Dies ist der Schlüssel für einen glaubwürdigen, transparenten und sozialverträglichen Prozess. Der Kreis Ostholstein verfolgt umgehend eine offensive Strategie, um Bürger*innen über Dringlichkeit zu informieren und an Lösungswegen der notwendigen Umgestaltung zu beteiligen.
- Der Landrat und die Verwaltung errechnen und veröffentlichen in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft für Klimafolgenforschung innerhalb eines Monats, welches Treibhausgasbudget dem Kreis Ostholstein und ihren Einwohner*Innen zur Einhaltung des 1,5-Grad-Zieles ohne Netto-Negativemissionen zur Verfügung steht. Der Kreistag beschließt dieses verbindlich und stellt es öffentlich und verständlich auf der Webseite des Kreises Ostholstein und in der Lokal Presse dar. Nach dem Special Report 1,5 °C des Weltklimarats dürfen wir in der verbliebenen Zeit bis 2035 nicht mehr als 10 mal so viel wie im vergangenen Jahr ausstoßen. Der Landrat berichtet dem Kreistag Ostholstein und der Öffentlichkeit alle sechs Monate in einem Klimareport über Pläne, Fortschritte und weitere Erfordernisse bei der Reduktion der Treibhausgas-Emissionen.
- Der Kreis Ostholstein erkennt an, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen im eigenen Verantwortungsbereich nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, ins besondere ist das Klimaschutzkonzept aus 2016 noch nicht zielführend und daher zu verändern. Diese werden stattdessen bis zum Jahr 2035 beschleunigt umgesetzt und gegebenenfalls ergänzt. Die Treibhausgas-Emissionen sollen innerhalb jeder vollen Wahlperiode um 30% reduziert werden bezogen auf das Basisjahr 2019.
- Ab sofort wird Klimaschutz bei allen Entscheidungen als erstes Kriterium gewertet und es werden Lösungen bevorzugt, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken.
- Der Kreis soll seinen Handlungsspielraum vollständig nutzen. Bei Entscheidungen, die darüber hinausgehen, sollen die Forderungen z.B. an Land, Bund, EU und die Vereinten Nationen weitergetragen werden.
- Jede Investition in Infrastruktur, die einen Ausstoß von Treibhausgasen verursacht, besonders durch die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas, wird beendet. Stattdessen sollen Investitionen in die Veränderung zur Nachhaltigkeit und Klimaneutralität erfolgen.
- Jede*r, im Besonderen der Kreistag Ostholstein, fordert auch andere Kommunen, das Land Schleswig-Holstein und die Bundesrepublik Deutschland auf, dem Ostholsteiner Vorbild zu folgen, den Klimanotstand auszurufen und das 1,5 Grad Ziel praktisch umzusetzen.

Als nächstes müssen konkrete Maßnahmen erarbeitet werden. In 4 Wochen stellen wir als „FridaysForFuture“ Ostholstein einen Maßnahmenkatalog mit konkreten Forderungen vor. Politik, Verwaltung und die Bürger*innen sind aufgerufen, ebenfalls konkrete Maßnahmen vorzuschlagen. In den nächsten 6 Wochen sollen Politik und Verwaltung die Bedingungen

dafür schaffen, dass unser Kreis klimapolitisch handlungsfähiger wird. Dazu gehören:

- ein eigenständiger Fachbereich für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz einzurichten, welcher mit ausreichend Personal und Mitteln ausgestattet wird und verwaltungsübergreifend die Planung leitet und koordiniert.
- Dieser Fachbereich soll Formate langfristiger Bürgerbeteiligungen, besonders in Wohnquartieren, begleiten und fördern.
- Der Kreis hat die Bürger*innen über den Klimanotstand in einer dauerhaften Aufklärungskampagne konkret, sachbezogen und professionell zu informieren.
- Der Kreis soll Finanzbedarf und die Finanzierungsmöglichkeiten für die veränderten Klimaschutzanforderungen prüfen. Gegebenenfalls ist ein Nachtragshaushalt zu beschließen.

Bis dahin soll schon jetzt gelten:

- der Investitionsstopp für fossile Infrastruktur und Emittenten, damit in der Zwischenzeit nicht klimaschädliche Tatsachen geschaffen werden.
- Ab sofort wird Klimaschutz bei jeglichen Entscheidungen als erstes Kriterium berücksichtigt und es werden Lösungen bevorzugt, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken.